

Stand: 26. September 2008

Entwurf

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Den Kampf gegen den Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland besser fördern

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Über sechs Jahrzehnte nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland und 70 Jahre nach den Schrecken der Reichspogromnacht am 9. November 1938 hat jüdisches Leben in Deutschland wieder neue Wurzeln geschlagen. Der Aufschwung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Deutschland ist ein Grund zu großer Freude. Neben Kindergärten, Schulen und anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen dokumentiert, insbesondere der Aufbau neuer Synagogen diese positive Entwicklung. Dank gebührt den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die den Aufbau neuer Synagogen ermöglicht haben.

Trotz dieser Errungenschaften ist Antisemitismus noch immer ein ernstzunehmendes gesellschaftliches Problem in Deutschland, das nicht zuletzt auch bei verschiedenen Sportereignissen zu beobachten ist. Sämtliche offiziellen jüdischen Einrichtungen in der Bundesrepublik müssen besonders gesichert werden und stehen oftmals unter dauerhaftem Polizeischutz. Jahr um Jahr werden in Deutschland Straftaten begangen, die sich gegen Jüdinnen und Juden richten. Allein im zweiten Quartal 2008 wurden insgesamt 266 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund gemeldet; darunter waren sieben Gewalttaten und 60 Propagandadelikte.

Grund zur Sorge gibt auch das hohe Ausmaß an latentem Antisemitismus in der Bevölkerung, wobei sich derartige Einstellungen in allen Schichten der Gesellschaft finden. Studien weisen darauf hin, dass etwa jeder zehnte Deutsche ein eher antisemitisches Weltbild hat. Antisemitismus ist kein auf den politischen Extremismus begrenztes Phänomen und muss konsequent und auf breiter Front von Staat und Zivilgesellschaft bekämpft und in seiner Verbreitung gehemmt werden.

Bei einem Expertenforum zu Antisemitismus am 25. Januar 2008 im Bundestag sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel von der wichtigen politischen Aufgabe "Antisemitismus und Gewalt wirklich zu ächten und das auch der jungen Generation durch eigenes Handeln sehr, sehr deutlich zu machen".

Denn Antisemitismus stellt nicht nur eine Gefahr für unsere jüdischen Bürgerinnen und Bürger dar, sondern auch für unsere grundlegenden Werte der Demokratie, der Vielfalt sowie der Achtung und Wahrung der Menschenrechte.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen zeigen großes Engagement in der Bekämpfung des Antisemitismus' und der Förderung jüdischen Lebens in Deutschland. Der Deutsche Bundestag begrüßt die institutionelle und finanzielle Förderung des Judentums in aller seiner Vielfalt durch den Bund, die Länder und Kommunen, insbesondere den neuen Staatsvertrag zwischen dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Bundesinnenministerium über die erhöhte Förderung der Arbeit des Zentralrats, sowie die Förderung des Abraham-Geiger-Kollegs durch das Bundesinnenministerium und die Kultusministerkonferenz.

Angesichts leider immer noch stark verbreiteter antisemitischer Vorurteile in der Bevölkerung, dem hohen Aufkommen antisemitischer Hetze im Internet, der unverändert hohen Zahl antisemitisch motivierter Straftaten sowie dem Fortbestand antisemitischer Mythen und Klischees im öffentlichen Diskurs ist es unabdingbar, den Ursachen und Symptomen des Antisemitismus' mit unvermindertem Einsatz zu begegnen.

Der Innenausschuss des Deutschen Bundestages befasste sich am 16. Juni 2008 in einer öffentlichen Anhörung mit der Gefahr des Antisemitismus'. Beim Gespräch zwischen den Abgeordneten und den geladenen Sachverständigen wurden Maßnahmen zu einer effektiven Bekämpfung der Gefahr des Antisemitismus' diskutiert. Es muss das erklärte Ziel aller an der Bekämpfung des Antisemitismus' Interessierten sein, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen.

II. Der Deutsche Bundestag beschließt,

1. die Stelle eines Bundesbeauftragten für die Bekämpfung des Antisemitismus' einzurichten, dessen Aufgaben unter anderem darin bestehen sollten;
 - a. in regelmäßigen Abständen einen Bericht zum Antisemitismus in Deutschland zu erarbeiten und vorzustellen;
 - b. als Ansprechpartner für die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteure zur Verfügung zu stehen, die sich der Bekämpfung des Antisemitismus' verschrieben haben;
 - c. zivilgesellschaftliche und staatliche Projekte und Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus' zu fördern;
 - d. Forschungsprojekte zum Antisemitismus und zu Strategien zu dessen Bekämpfung zu konzipieren, in Auftrag zu geben und zu fördern;
2. die Berücksichtigung und Verwendung der Arbeitsdefinition von Antisemitismus von ODIHR (Office for Democratic Institutions and Human Rights) und FRA (European Union Agency for Fundamental Rights) in der Arbeit staatlicher Behörden zu empfehlen;
3. pädagogische Programme zur Bekämpfung von Antisemitismus mit einer langfristigen Projektfinanzierung zu unterstützen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das jüdische Leben in Deutschland in all seinen Ausprägungen weiterhin intensiv politisch zu unterstützen, indem

1. der Aufbau und die Pflege jüdischer akademischer, kultureller und gesellschaftlicher Institutionen mit Haushaltsmitteln des Bundes intensiver gefördert werden, insbesondere den Aufbau der Hebraic Graduate School of Europe in Berlin.
2. neue Formen des Erinnerns an die historische Bedeutung jüdischen Lebens für Deutschland sowie die Schrecken des Holocaust unterstützt werden;
3. dafür geworben wird, dass Lehrpläne in Schulen um Themen zum jüdischen Leben, zur jüdischen Geschichte und zum heutigen Israel erweitert werden;
4. Angestellte des öffentlichen Dienstes durch regelmäßige und verpflichtende Schulungen für verschiedene Ausdrucksformen des Antisemitismus' sensibilisiert werden, unter anderem durch die Übernahme des Law Enforcement Officer Programme on Combating Hate Crime (LEOP) von OSZE/ODIHR auf Länderebene.

IV. Der Deutsche Bundestag verpflichtet sich erneut,

jeder Form des Judenhasses und des Antisemitismus' bei seinem Entstehen in aller Konsequenz entschlossen zu begegnen. Wir sind glücklich darüber, jüdisches Leben und jüdische Kultur stärker zu fördern. Ein starkes und vielfältiges Judentum wird das Zusammenleben in Deutschland und Europa reicher und den Zusammenhalt in Europa fester machen.